

Presse- Mitteilung

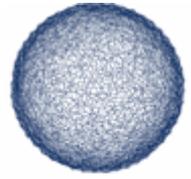
Bundesgeschäftsstelle Hannover
Alleestraße 1, 30167 Hannover
Postfach 4360, 30043 Hannover
Telefon: 0511 70 10 88 3
Fax: 0511 70 45 33
E-Mail: info@nafor.de
Internet: www.nafor.de

NaturschutzForum Deutschland e.V.



Bundesverband von Natur- u. Umweltschutzorganisationen in Deutschland

Datum: 7. 12. 2009



COP15
COPENHAGEN

UNITED NATIONS
CLIMATE CHANGE
CONFERENCE
DEC 7-DEC 18
2009

Klimagipfel in Kopenhagen sollte Artendiversitätsbilanz einbeziehen

NaturschutzForum Deutschland: auch Agrar-Mischbetriebe und Waldumbau sind wichtig

Hannover. Auf der heute in Kopenhagen beginnenden UN-Klimakonferenz (www.cop15.dk) werden zahlreiche Staaten eine Zukunft mit weniger CO₂ bis hin zu Emissionen ohne Kohlenstoff-Verbindungen zum Thema machen. Nunmehr werden also Forderungen auf höchster politischer Ebene verhandelt, die von Seiten der Natur- und Umweltschutzverbände schon seit den siebziger Jahren ununterbrochen vorgetragen werden. Dem NaturschutzForum Deutschland (NaFor) zufolge zählen dazu nicht nur gesetzgeberische Vorgaben und Beschränkungen für emissions-intensive Industrie und Gewerbe, sondern auch Möglichkeiten und Instrumente, die dem einzelnen Bürger zur Verfügung stehen. Genannt seien hier nur technische Maßnahmen wie die bessere Gebäude-Isolierung, die Beschaffung energiearmer Geräte, neue Heizungssysteme (Blockheizkraftanlagen), Installationen der alternativen Energiegewinnung (Solar, Erdwärme, Luftwärmetauscher, Holzschnitzel), Verzicht auf das standby-Modul an Fernsehern, die Unterbrechung von Blindströmen durch Zuleitungsschalter, die Installation von Energiesparlampen (mit Wiederverwertungspflicht).

Auch lieb gewordene klimaschädliche Verhaltensweisen werden seit langem kritisiert und stattdessen einfach umzusetzende Alternativen vorgeschlagen, ganz nach dem Motto: „Wir wollen nicht den Menschen ändern, sondern seine Bereitschaft, täglich beim Klima- und Artenschutz mitzumachen!“ – so NaFor. Wenn auch niemand im Hinblick auf seine Ökobilanz total konsequent sein kann, so ist eine persönliche Steigerung zu begrüßen – und sei es zunächst zum Beispiel von 50% auf 60% der Verhaltensweisen. Wirkungsvoll wäre eine allgemeine (und sei es selbst auferlegte) Geschwindigkeitsbeschränkung auf 130 km/h, zumal schon heute auf der Mehrheit unserer Verkehrswege langsamer gefahren werden muss; auch die Frage der Wahl der Verkehrsmittel steht zur Debatte, denn Fahrrad und Bahn kommen vor Auto und Flugzeug. Dabei muss natürlich unterschieden werden zwischen Fahrten zur Arbeitsstelle und Privatvergnügen oder Fahrten, die auf dem Land mangels Personennahverkehr unverzichtbar sind, während in den Städten der ÖPNV ungleich besser funktioniert. Verbrauchsgünstige (Elektro-/ Hybrid-) Fahrzeuge sind künftig vorzuziehen.

Jeder muss sich die Frage nach dem Fleischkonsum gefallen lassen – Vegetarier ausgenommen. Zwar waren Menschen seit Urzeiten Mischköstler, also auch Fleischkonsumenten, doch ist der heutige tägliche Konsum vor Beginn der Massentierhaltung unvorstellbar gewesen. Besser wäre ein allgemeiner Vegetariertag pro Woche (Stadt Brügge

(Belgien): Donnerstag). Den Verzicht auf Rindfleisch anzumahnen, ist wenig zielführend. Denn wo bleiben die Landwirte mit den Kälbern, die bei den Mutterkühen alljährlich die Milchproduktion anregen? Im Sinne des Naturschutzes ist die Milchviehhaltung eher zu tolerieren als jene Landwirte, die wertvolles Grünland flächenhaft zu Maisäckern verunstalten, um Biogasanlagen zu betreiben, die politisch undifferenziert gefordert und gefördert werden. Hier müssen landwirtschaftliche Mischstrukturen wieder Einzug halten und sei es in dörflicher Arbeitsteilung.

Das NaturschutzForum Deutschland (NaFor) fordert den Bundesumweltminister Dr. Norbert Röttgen und die anderen politischen Entscheidungsträger auf, sich auch im Sinne der Bonner Grundsätze zur Artendiversität und der Ziele der EU-Natura 2000 dafür einzusetzen, dass neben der Begrenzung der CO₂-Emissionen gleichzeitig auch effektive Maßnahmen zur Rettung der bedrohten wildlebenden Pflanzen- und Tierarten eingeleitet werden. Eine ArtenDiversitätsBilanz (ADB) wäre wie Öko- und CO₂-Bilanz hilfreich. Die bisherigen Bemühungen zur Rettung der Regenwälder und einzelner prominenter Zielarten reichen bei weitem nicht aus, um das laufende dramatische Untergangsszenarium von Tausenden unwiederbringlich aussterbender Arten, ob Wiesenblumen oder Orchideen, Schwämme und Schmetterlinge oder Kleinfische und Singvögel, aufzuhalten. Es bedarf der strengen Zertifizierung und Importkontrolle tropischer Hölzer, des Verzichts auf Palmöl und Brandrodung zu Weide- und Siedlungszwecken.

Auch in Europa bedarf es angesichts steigender Temperaturen des Umbaus des Waldes. Während die Kiefer in der Zeit um 1900 noch als willkommene Pionierart auf Flugsandböden angepflanzt wurde, so sollte sie jetzt – wo immer möglich – durch Rotbuche abgelöst werden, sofern es sich nicht um andere prioritäre Arten wie Eichen handelt. Denn die Rotbuche – zum Beispiel von zentral-polnischer Herkunft – ist nach den ersten Jahren weniger trockenheitsempfindlich, schont das Grundwasser ungleich mehr als Kiefern und beschattet den Boden weniger lückenhaft.

Es bleibt abzuwarten, zu welchem Ergebniss diese bislang größte Umweltkonferenz der UN am 18. Dezember in Kopenhagen führen wird. Die Politiker haben erkannt, dass alle betroffen sind. Eine Hartzinger-Karikatur zeigte vor Jahren das St. Florians-Prinzip auf, indem man froh war, dass die Emissionen nach Osten abzogen – doch sie zogen um die Erde und meldeten sich im Westen wieder zurück, denn nichts geht verloren und niemand kann sich den Naturgesetzen entziehen. Angesichts der sich beschleunigenden negativen Klimaeffekte, die die Meeresspiegel ansteigen lassen, bleibt die Hoffnung, dass auch die großen Umweltverschmutzer China, USA, Indien und Australien zu einer wirksamen Übereinkunft kommen werden, und sei es, dass ein Klimafonds für die besonders stark betroffenen Nicht-Industrieländer eingerichtet wird, um dem klimatischen „Kipp-Punkt“ zur Überhitzung global sofort entgegenzuwirken.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Remmer Akkermann

Präsident des NaturschutzForums Deutschland e.V. (NaFor)

Für Rückfragen persönlich erreichbar unter:

akkermann.remmer @t-online.de oder Tel. 04407 922201

Das **NaturschutzForum Deutschland e. V.** ist ein dezentral arbeitender Bundesverband von Natur- und Umweltschutzorganisationen. NaFor wurde am 9. Juni 2001 gegründet und hat sich in seiner Satzung verpflichtet, Natur- und Umweltschutz, angewandte Ökologie, Landschaftspflege, Umweltbildung und umweltfreundliche Technologien auf wissenschaftlicher Basis zu fördern und zu koordinieren. Dem Bundesverband gehören zur Zeit 13 lokal und regional tätige Einzelverbände aus acht Bundesländern an sowie ein Bundesverband. NaFor ist nach § 58 Bundesnaturschutzgesetz sowie nach § 3 (1) 2/1-5 UmwRG anerkannt, um seinen Mitgliedern ein Informations- und Mitspracherecht auf Bundesebene zu ermöglichen. Weitere sieben Miietgliedsverbände sind gem. BNatSchG auf Landesebene anerkannt.